

BUNDESGERICHTSHOF

IX ZB 315/78

B E S C H L U S S

in der Entschädigungssache

Josef K[REDACTED],

F[REDACTED]strat [REDACTED], A[REDACTED]/B[REDACTED].

Kläger und Beschwerdeführer,

- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. [REDACTED], An[REDACTED] -

gegen

Land Nordrhein-Westfalen,

vertreten durch die

Landesrentenbehörde Nordrhein-Westfalen,

T[REDACTED]straße [REDACTED], D[REDACTED],

Beklagten und Beschwerdegegner

G r u n d e

Ein gesetzlicher Grund für die Zulassung der Revision (§ 219 Abs. 2 BGG) liegt nicht vor.

Das Berufungsgericht legt zutreffend dar, daß die Ermessensentscheidung der Behörde, dem Kläger Abhilfe zu verweigern, weil er sein formularmäßiges Abhilfebegehren von November 1972 erst im Rechtsstreit erläuterte, nicht zu beanstanden ist. Vor Abhilfe begehrt, muß darlegen, aus welchen Gründen er die Entscheidung, gegen die er angeht, für unrichtig hält. Dieses Erfordernis wird hier durch die Formularschreiben vom 9. November 1972 und 11. Januar 1973 nicht genügt, die ohne jedes Eingehen auf den konkreten Einzelfall eine Aufzählung von möglichen Fehlern und von Ergebnissen der neueren Rechtsprechung enthalten. Der Kläger hat nicht dargelegt, warum er die Begründung erst im

- 3 -

114

**Rechtsstreit nachgetragen hat. Unter diesen Umständen
brauchte die Behörde sich denn nicht mehr darauf ein-
lassen (vgl. BGH, Beschlüsse v. 18.5.1977 - IX ZB 107/77 -
und v. 1.3.1979 - IX ZB 4/79).**

Kai

Henkel

